

Fragen

**für die Fragestunde der 15. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 18. Dezember 2002**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	16, 17	Nitzsche, Henry (CDU/CSU)	50, 51
Carstensen, Peter H. (Nordstrand)	20, 21	Nolte, Claudia (CDU/CSU)	59, 60
(CDU/CSU)		Nolting, Günther Friedrich (FDP)	41, 42
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	25, 26	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	33, 34
Deß, Albert (CDU/CSU)	22, 23	Pau, Petra (fraktionslos)	14, 15
Fritz, Erich G. (CDU/CSU)	31	Dr. Röttgen, Norbert (CDU/CSU)	2, 3
Grund, Manfred (CDU/CSU)	27, 28	Scheuer, Andreas (CDU/CSU)	1, 9
Hartmann, Christoph (Homburg) (FDP)	61, 62	Schindler, Norbert (CDU/CSU)	18, 19
Hasselfeld, Gerda (CDU/CSU)	37, 38	Schirmbeck, Georg (CDU/CSU)	29, 30
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	7, 8	Schmidt, Christian (Fürth) (CDU/CSU)	4, 5
Dr. Jahr, Peter (CDU/CSU)	48, 49	Dr. Schröder, Ole (CDU/CSU)	10, 11
Koppelin, Jürgen (FDP)	43, 44	Schulte-Drüggelte, Bernhard (CDU/CSU)	24, 36
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	12, 13	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	39, 40
Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	35	Dr. Uhl, Hans-Peter (CDU/CSU)	6, 45
Dr. Luther, Michael (CDU/CSU)	52, 53	Vogel, Volkmar Uwe (CDU/CSU)	46, 47
Michelbach, Hans (CDU/CSU)	32, 56	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	54, 55
Müller, Bernward (Gera) (CDU/CSU)	57, 58		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	14

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

1. Abgeordneter
Andreas Scheuer
(CDU/CSU) Welche Gründe gibt es, seitens des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von der dezentralen Abwicklung von Sonderprogrammen (z. B. „move now“) abzuweichen, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass durch die zentrale Durchführung ein dramatischer Einbruch der Antragszahlen (z. B. im Freistaat Bayern beim Sonderprogramm „Entimon“) hinzunehmen ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und
Soziale Sicherung**

2. Abgeordneter
Dr. Norbert Röttgen
(CDU/CSU) Aus welchem Grund hat die Bundesregierung immer noch keine abschlägige Entscheidung über die Genehmigung des Umzuges der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) nach Berlin getroffen?
3. Abgeordneter
Dr. Norbert Röttgen
(CDU/CSU) Wird die Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, Ulla Schmidt, sicherstellen, dass die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) und der AOK-Bundesverband (weitere) Maßnahmen unterlassen, die den Umzug nach Berlin faktisch einleiten, bevor über die Genehmigung der Umzugsbeschlüsse entschieden ist, und wann ist mit den Entscheidungen zu rechnen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

4. Abgeordneter
Christian Schmidt (Fürth)
(CDU/CSU) Gibt nach Auffassung der Bundesregierung die Resolution 1441 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen den Mitgliedstaaten das Recht, bei berichtsmäßig gemäß Ziffer 4 oder 11 dieser Resolution festgestelltem Verstoß des Irak gegen die Auflagen dieser Resolution unmittelbar Maßnahmen nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen zu ergreifen, falls nein, beabsichtigt die Bundesregierung für den Fall einer ohne weitere Sicherheitsratsbeschlussfassung in dieser Angelegenheit von den Vereinigten Staaten von Amerika durchgeführten militärischen

Zwangsmaßnahme diesen die laut Unterrichtung durch den Bundeskanzler vom 27. November 2002 von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika erbetenen Überflugs-, Lande- und Hafenrechte zu gewähren?

5. Abgeordneter
Christian Schmidt (Fürth)
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die entsprechende Anfrage der Vereinigten Staaten von Amerika eine Unterscheidung ihrer Unterstützungsbereitschaft zwischen dem Vorliegen und dem Nichtvorliegen eines Sicherheitsratsmandats gemacht?
6. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Uhl
(CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die völkerrechtliche Auffassung der USA für vertretbar, wonach bereits jetzt ein völkerrechtliches Mandat zu militärischen Maßnahmen gegen den Irak aus der UN-Resolution 1441 in Verbindung mit den UN-Resolutionen 678 und 687 besteht, und wird die Bundesregierung im Falle eines von der UN geduldeten Militärschlags der USA Überflugsrechte gewähren?*) siehe hierzu auch Frage 45
7. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)

Welche Grundsätze wurden beim EU-Gipfel in Kopenhagen zur zukünftigen EU-Strukturförderung nach 2006 festgelegt, und wie wirken sich diese Entscheidungen auf die Regionalpolitik in Deutschland aus?
8. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)

Nach welchen Kriterien und mit welchen Beträgen werden die Beitrittsländer, insbesondere Tschechien, von der EU bei der Strukturpolitik gefördert?
9. Abgeordneter
Andreas Scheuer
(CDU/CSU)

Wurden seitens der Bundesregierung bereits Maßnahmen ergriffen, das Kernkraftwerk Temelin zum Gegenstand der aktuellen EU-Osterweiterungsverhandlungen zu machen, und wenn ja, wie ist der aktuelle Stand?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|--|---|
| 10. Abgeordneter
Dr. Ole Schröder
(CDU/CSU) | Inwieweit ist sich die Bundesregierung mit den anderen Mitgliedstaaten der EU im Ministerrat über die Verpflichtung einig, Asylbewerbern den Zugang zum Arbeitsmarkt zu gestatten, sobald die Dauer ihres Asylverfahrens in der 1. Instanz, beginnend mit der Antragstellung beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, ein Jahr überschreitet? |
| 11. Abgeordneter
Dr. Ole Schröder
(CDU/CSU) | Mit welchen Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt, auch im Hinblick auf die Zahl der betroffenen Asylbewerber, wird seitens der Bundesregierung für den Fall des Inkrafttretens einer solchen oder ähnlich lautenden Regelung gerechnet? |
| 12. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU) | Welche Staaten hat das Bundesministerium des Innern (BMI) im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt (AA) gemäß § 64a Abs. 4 Ausländergesetz (AuslG) („Angehörige bestimmter Staaten“) durch allgemeine Verwaltungsvorschrift bestimmt, und welche sind die in § 64a Abs. 4 AuslG genannten „bestimmten Personengruppen“ („Angehörigen von in sonstiger Weise bestimmten Personengruppen“)? |
| 13. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU) | Wie viele Visa hat das AA bzw. Ausnahmevisa hat das Bundesministerium des Innern seit dem 11. September 2001 an Staatsangehörige aus den in Frage 12 in Bezug genommenen Staaten ausgestellt? |
| 14. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos) | Treffen Meldungen zu, nach denen ein verdeckter Ermittler des Bundesgrenzschutzes (BGS) während eines Castor-Transportes im November dieses Jahres eine Besetzung der ICE-Strecke Hamburg–Hannover am 13. November 2002 mit geplant und – mit Wissen der zuständigen Einsatzleitung des BGS – auch durchgeführt hat und damit eine lebensbedrohende Situation für Zugreisende, Polizeibeamte und Besetzer bewusst in Kauf genommen hat, und wenn ja, welche Kenntnis hat die Bundesregierung über diesen Vorgang? |

15. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos)
- Hat der Rat der Europäischen Union auf Vorschlag der Gruppe „Terrorismus“ und der Mitgliedstaaten, die dem Verwaltungsrat von Europol angehören, zur Finanzierung bestimmter Maßnahmen von Europol im Rahmen der Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung seit dem 11. September 2001 weitere besondere Mittel beschlossen, und wenn nein, warum wurden diese Mittel nicht beschlossen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

16. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)
- Ist beim Bundesministerium der Finanzen (BMF) ein Medienberater beschäftigt, und wenn ja, zu welchen Konditionen?
17. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)
- Mit welcher Laufzeit und welchen Vertragsbedingungen ist die Vereinbarung des BMF mit einem Medienberater gegebenenfalls abgeschlossen?
18. Abgeordneter
Norbert Schindler
(CDU/CSU)
- Wie gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, dass bei der im Entwurf des Gesetzes zum Abbau von Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen (Steuervergünstigungsabbaugesetz – StVergAbG) geplanten Streichung des § 24 Umsatzsteuergesetz (UStG), der bisher eine Besteuerung mittels Durchschnittssätzen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe ermöglicht, der in der Begründung des Gesetzentwurfs angeführte Beitrag zur Steuervereinfachung und Entbürokratisierung für ca. 400 000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe tatsächlich erreicht wird, wenn diese ein Umsatzsteuerverfahren anwenden müssen, das für alle Betriebe einen zusätzlichen zeitlichen und buchhalterischen Aufwand bedeutet, während alle anderen EU-Mitgliedstaaten eine Pauschalierungsregelung für die Landwirtschaft praktizieren?
19. Abgeordneter
Norbert Schindler
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung unter dem Aspekt der in der Landwirtschaft gewünschten und von der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, propagierten Direktvermarktung, insbesondere bei

bäuerlichen und Betrieben mit ökologischem Anbau, und der Diversifizierung den Sachverhalt, dass die Bundesregierung selbst im Entwurf des Steuervergünstigungsabbaugesetzes die Möglichkeit der steuerlichen Absetzbarkeit von Werbemitteln und Geschenken bis zur Höhe von 40 Euro als Betriebsausgabe abschaffen will, obwohl sich in der Vergangenheit viele, vor allem kleinere, bäuerliche Betriebe sowie Winzer und Brenner in diesem Bereich erfolgreich etabliert haben, weil ihre Produkte sich hervorragend als Präsente eignen, und diese Kleinunternehmen jetzt schlagartig – im Vorgriff auf das geplante Gesetz schon heute – ihrer Absatzmärkte beraubt werden?

20. Abgeordneter
**Peter H.
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)**

Wie viele Landwirte werden nach Einschätzung der Bundesregierung infolge der beabsichtigten Absenkung des Pauschalierungssatzes von 9 auf 7 Prozent und der gleichzeitigen Anhebung des Umsatzsteuersatzes auf wichtige landwirtschaftliche Vorprodukte wie Saatgut, Futtermittel, Stroh und Lebendvieh von der Pauschalbesteuerung nach § 24 Umsatzsteuergesetz zur Regelbesteuerung wechseln?

21. Abgeordneter
**Peter H.
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)**

Welche Mehreinnahmen bei der Umsatzsteuer stehen dem Verwaltungsmehraufwand für die neu regelbesteuerten Landwirte gegenüber?

22. Abgeordneter
**Albert
Deß
(CDU/CSU)**

Mit welchen Erstattungen an Landwirte für in den Vorjahren geleistete Vorsteuern auf Güter des Anlagevermögens (Vorsteuerberichtigung) rechnet die Bundesregierung infolge des zu erwartenden Wechsels auf die Regelbesteuerung in weiten Teilen der Landwirtschaft?

23. Abgeordneter
**Albert
Deß
(CDU/CSU)**

Beabsichtigt die Bundesregierung, Heimtierfutter von einer Erhöhung der Umsatzsteuer auszunehmen, während Futtermittel für landwirtschaftliche Nutztiere künftig mit 16 statt 7 Prozent besteuert werden sollen, und wenn ja, warum?

24. Abgeordneter
**Bernhard
Schulte-Drüggelte**
(CDU/CSU)
- Wie hoch werden die zusätzlichen Aufwendungen in der Finanzverwaltung und bei den landwirtschaftlichen Unternehmen für die Bearbeitung und Erstellung der Umsatzsteuererklärungen für diejenigen Landwirte eingeschätzt, die zur Regelbesteuerung wechseln?*) siehe hierzu auch Frage 36
25. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)
- Wie hoch wird durch die Anhebung des Umsatzsteuersatzes für wichtige landwirtschaftliche Vorprodukte wie Saatgut, Futtermittel, Stroh und Lebendvieh die durchschnittliche Vorsteuerbelastung der nach § 24 Umsatzsteuergesetz pauschalierenden Landwirte ansteigen (prozentuale Vorsteuerbelastung und absolute Zahllast)?
26. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass die Regierung der Niederlande sich mit der Bitte an die Bundesregierung gewandt hat, auf eine Umsatzsteuererhöhung auf Gartenbauerzeugnisse zu verzichten, und wenn ja, wie hat die Bundesregierung darauf reagiert?
27. Abgeordneter
**Manfred
Grund**
(CDU/CSU)
- In wie vielen Fällen und für welches finanzielle Volumen wurden seit Beginn des Jahres 1999 Ansprüche aus Privatisierungsverträgen von Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt gegen Unternehmen in den neuen Bundesländern geltend gemacht?
28. Abgeordneter
**Manfred
Grund**
(CDU/CSU)
- Wie viele ehemalige Mitarbeiter der Treuhandanstalt bzw. deren Nachfolgeeinrichtungen waren bzw. sind als Rechtsanwälte/sonstige Berater/Gutachter mit der Durchsetzung der geltend gemachten Ansprüche beauftragt?
29. Abgeordneter
**Georg
Schirmbeck**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bewusst, dass die geplante Belastung der Veräußerung des privaten Grundbesitzes mit einer pauschalen Steuer von 15 % (bisher steuerfrei) die Existenzfähigkeit der landwirtschaftlichen Land- und Forstbetriebe schwer treffen würde, weil der private Grundbesitz für sie ein Grundpfeiler der Altersvorsorge und der Betriebsabsicherung darstellt, und ist die Bundesregierung deshalb bereit, von diesem Vorhaben abzulassen?

30. Abgeordneter
**Georg
Schirmbeck**
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung, die sich nach ihren Aussagen für die vermehrte Nutzung nachwachsender Rohstoffe einsetzt, dass durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer für landwirtschaftliche Vorprodukte auch die landwirtschaftlichen Betriebe als Zulieferer für Biomassekraftheizwerke mit höheren Kosten belastet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

31. Abgeordneter
**Erich G.
Fritz**
(CDU/CSU)

Gedenkt die Bundesregierung, den Rüstungsexportbericht 2001 noch in diesem Jahr vorzulegen, nachdem sie in der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Ditmar Staffelt, vom 28. Juni 2002 auf meine schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 14/9775 mitgeteilt hatte, dass sich der Rüstungsexportbericht 2001 in der Vorbereitung befinde und so bald wie möglich nach Ressortabstimmung und Verabschiedung durch das Kabinett dem Deutschen Bundestag zugeleitet werde, und wenn nein, welche Gründe stehen einer Vorlage entgegen?

32. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung auf den neuen Rekord an Unternehmensinsolvenzen zu reagieren, und wird es Sofortmaßnahmen zur Entlastung des Mittelstandes geben?

33. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto**
(Frankfurt)
(FDP)

Wann und in welcher Form hat die (frühere) Bundesregierung den Deutschen Bundestag darüber informiert, dass ihr bereits vor Verabschiedung der „kleinen TKG-Novelle“ im Sommer dieses Jahres von der EU-Kommission die Durchführung eines Vertragsverletzungsverfahrens nach Artikel 226 EG-Vertrag im Falle einer verspäteten Einführung der Betreibervorauswahl im Ortsnetz angedroht worden war?

34. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto**
(Frankfurt)
(FDP)

Was veranlasste die (frühere) Bundesregierung zu ihrer Aussage in der entsprechenden Anhörung des Deutschen Bundestages, mit einer Verabschiedung der „kleinen TKG-Novelle“ noch in der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages sei die Verhängung eines Bußgeldes der EU-Kommission gegen

die Bundesrepublik Deutschland abgewendet, obwohl ihr aus Mitteilungen der Deutschen Telekom AG bekannt sein musste, dass eine Umsetzung der Betreibervorauswahl im Ortsnetz innerhalb der Umsetzungsfrist bis zum 1. Dezember 2002 aus technischen Gründen ohnehin ausgeschlossen war?

35. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzsch**
(fraktionslos)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Dr. Ditmar Staffelt, als damaliger Fraktionsvorsitzender der Fraktion der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus an der Konstruktion der Berliner Bankgesellschaft beteiligt war und die Bank nur durch eine Risikoabschirmung von 21 Mrd. Euro durch das Land Berlin vor dem Bankrott bewahrt werden konnte, und welche Rückschlüsse zieht die Bundesregierung hieraus im Hinblick auf die fachliche Kompetenz des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

36. Abgeordneter
**Bernhard
Schulte-Drüggelte**
(CDU/CSU)

Welche Wirkungen auf den Absatz von Gartenbauerzeugnissen (Blumen, Zierpflanzen, Baumschulerzeugnisse) sowie Brennholz gehen nach Ansicht der Bundesregierung von einer Erhöhung der Umsatzsteuer auf diese Produkte aus?*) siehe hierzu auch Frage 24

37. Abgeordnete
**Gerda
Hasselfeld**
(CDU/CSU)

Weshalb ist das in dem aus Brasilien importierten Hähnchenfleisch einer Handelskette mit Sitz in Nordrhein-Westfalen gefundene verbotene Antibiotikum Nitrofurantoin erst durch eine Untersuchung von Greenpeace und nicht bereits im Rahmen von Warnmeldungen des europäischen Schnellwarnsystems aufgefallen (ddp-Meldung vom 12. Dezember 2002)?

38. Abgeordnete
**Gerda
Hasselfeld**
(CDU/CSU)

Hängt die Tatsache, dass diese Handelskette selbst keine Kenntnis von der Nitrofurantoin-Belastung des Hähnchenfleisches hatte, mit der Änderung der Weiterleitungspraxis von Schnellwarnmeldungen der Bundesregierung zusammen, nach der Schnell-

warnungen seit Sommer 2002 nicht mehr unmittelbar, sondern lediglich in anonymisierter Form an die Wirtschaft weitergeleitet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

- | | |
|---|---|
| 39. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU) | Hat das vom damaligen Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, am 29. Januar 2001 vorgelegte Ressortkonzept zur Feinausplanung und Stationierung der Bundeswehr betreffend die Freigabe und Verwertung von Kasernenarealen in Bayern über die Bundesvermögensverwaltung weiterhin Bestand, und wie sieht der entsprechende Zeitplan für die einzelnen Areale in Bayern, insbesondere in München, aus? |
| 40. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU) | Sind die Eigentumsverhältnisse der zu verwertenden Kasernenareale geklärt, und ist beispielsweise der Bund bezüglich der Münchner „Bayern-Kaserne“ uneingeschränkt befugt, diese zu veräußern oder anderweitig darüber zu verfügen? |
| 41. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(FDP) | Wie viele Transportpanzer des Typs „Fuchs“ sind im Bestand der Bundeswehr, und wo sind diese im Einsatz? |
| 42. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(FDP) | Wie sieht die Stationierungsplanung für das Lufttransportgeschwader 62 (Wunstorf) aus, und welche Maßnahmen sind für die dazugehörenden Standorte Diepholz (Niedersachsen) und Holzdorf (Sachsen-Anhalt) geplant? |
| 43. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP) | Aus welchen Gründen kann die Bundeswehr keine ihrer Truppentransportpanzer vom Typ „Fuchs“ entbehren, wie der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Peter Struck, in der ARD am 6. Dezember 2002 erklärte? |

44. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP) Wie viele Truppentransportpanzer vom Typ „Fuchs“ sind im Bestand der Bundeswehr, und wie viele sind davon einsatzfähig?
45. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Uhl
(CDU/CSU) Wie will die Bundesregierung im Falle eines Krieges gegen den Irak sicherstellen, dass die in AWACS-Flugzeugen zum Einsatz kommenden deutschen Soldaten ihre Aufgabe, gegnerische Flugzeuge und Schiffe zu erkennen und eigenen Jagdbombern Ziele zuzuweisen, nicht erfüllen?*) siehe hierzu auch Frage 6

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

46. Abgeordneter
Volkmar Uwe Vogel
(CDU/CSU) Zu welchem Zeitpunkt im Jahr 2003 rechnet die Bundesregierung mit dem Abschluss der Finanzierungsvereinbarung für das Verkehrsprojekt „Deutsche Einheit“ 8.2 (ICE-Trasse Nürnberg–Berlin, hier Abschnitt Erfurt–Halle/Leipzig)?
47. Abgeordneter
Volkmar Uwe Vogel
(CDU/CSU) Welchen Zeitpunkt setzt die Bundesregierung nach dem Abschluss der Finanzierungsvereinbarung für das Verkehrsprojekt „Deutsche Einheit“ 8.2 bis zum Fortgang der Baumaßnahmen an, und welche Zeitachse entfällt auf Planungen und Ausschreibungen?
48. Abgeordneter
Dr. Peter Jahr
(CDU/CSU) Wann rechnet die Bundesregierung mit dem Baubeginn der Autobahnen A 72/Abschnitt Chemnitz–Leipzig, der Südumgehung Leipzig (A 38) und der Ortsumfahrung Meißen (B 101)?
49. Abgeordneter
Dr. Peter Jahr
(CDU/CSU) Kommt es nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand der Bundesregierung zu einer Verzögerung des geplanten Baubeginns?

50. Abgeordneter
Henry Nitzsche
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, dass durch die verspätete Einführung der schweren Lkw-Maut erhebliche Mittelkürzungen zu erwarten sind?
51. Abgeordneter
Henry Nitzsche
(CDU/CSU)
- Welche Straßenbauprojekte sind davon konkret betroffen bzw. verzögern sich?
52. Abgeordneter
Dr. Michael Luther
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Deutsche Bahn AG (DB AG) aufzufordern, einen Kernbestand von Aufträgen für die sächsischen Instandsetzungswerke der DB AG in Chemnitz, Delitzsch und Zwickau zu belassen, und wenn ja, mit welchen Auftragsvolumen ist für jeden dieser drei Standorte zu rechnen?
53. Abgeordneter
Dr. Michael Luther
(CDU/CSU)
- Wie viele Arbeitsplätze könnten durch die Erhaltung eines Kernbestandes von Aufträgen in den jeweiligen Standorten gebunden werden, und was erwartet die Bundesregierung von etwaigen Investoren, die Interesse am Erhalt von Arbeitsplätzen in den Instandsetzungswerken bekunden, was sie zu tragfähigen Erhaltungskonzepten der Instandsetzungswerke beitragen könnten?
54. Abgeordneter
Peter Weiß
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)
- Wie wird die Bundesregierung das Schreiben der Oberbürgermeisterin von Straßburg, Fabienne Keller, und des Präsidenten der Communauté de Strasbourg (CUS), Robert Grossmann, an den Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Dr. Manfred Stolpe, beantworten, in dem diese eine schnellere Anbindung des deutschen ICE-Netzes an die französische Hochgeschwindigkeitsstrecke TGV-Est über Kehl–Straßburg fordern (vgl. Badische Zeitung vom 26. November 2002)?
55. Abgeordneter
Peter Weiß
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung die Schreiben zum Anlass nehmen, bei der Deutschen Bahn AG auf eine schnellere Realisierung der Verknüpfung zwischen dem französischen Hochgeschwindigkeitsnetz und dem deutschen Bahnnetz über die Strecke Straßburg–Kehl–Appenweier zu drängen?

56. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU)

Wirken sich die nunmehr veranschlagten Mehrkosten in Höhe von 700 Mio. Euro für die Teilstrecke Nürnberg–Erfurt auf den Zeitpunkt der Inbetriebnahme der ICE-Strecke Nürnberg–Berlin aus, und wie hoch ist der Anteil, den der Bund von den Mehrkosten übernehmen wird (vgl. Coburger Tageblatt vom 5. Dezember 2002)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

57. Abgeordneter
**Bernward
Müller**
(Gera)
(CDU/CSU)

Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die Länder konkret über das Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ zu informieren, und wann beabsichtigt sie, ein entsprechendes Schreiben des thüringischen Kultusministers, Prof. Dr. Michael Krapp, an den Parlamentarischen Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Christoph Matschie, vom 22. November 2002 zu beantworten?

58. Abgeordneter
**Bernward
Müller**
(Gera)
(CDU/CSU)

Was versteht die Bundesregierung unter „fundierten pädagogischen Konzepten“ im Sinne des Investitionsprogramms „Zukunft, Bildung und Betreuung“, die laut Äußerungen des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Christoph Matschie, gegenüber der „Thüringischen Landeszeitung“ (20. November 2002) Grundlage für Zuwendungen sein sollen, und welche Inhalte hält die Bundesregierung für erforderlich?

59. Abgeordnete
**Claudia
Nolte**
(CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung aus dem „Investitionsprogramm des Bundes für den Aus- und Aufbau von Ganztagschulen“ auch Mittel zur Verfügung stellen, die die persönliche Betreuung der Schüler und Jugendlichen betreffen?

60. Abgeordnete
**Claudia
Nolte**
(CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die von den Ländern entwickelten Konzepte, die zur Bewilligung der Mittel verlangt werden, respektieren und fördern, oder wird sie darauf dringen, dass die Länder den Vorstellungen des Bundes folgen?

61. Abgeordneter
**Christoph
Hartmann
(Homburg)**
(FDP)

In welcher Gesamthöhe werden im Haushaltsjahr 2002 Ausgaben für Kapitel 30 04 Titel 632 11 und Titel 632 12 (Schüler- und Studierenden-BAföG) geleistet, und wie groß sind die Mehrausgaben insgesamt gegenüber den Sollzahlen?

62. Abgeordneter
**Christoph
Hartmann
(Homburg)**
(FDP)

Sind die gegenüber den Sollzahlen des Haushalts 2002 geleisteten bzw. noch zu leistenden Mehrausgaben zum Teil durch Einsparungen an anderen Stellen im Einzelplan 30 gegenfinanziert worden, und wenn ja, an welchen?

